Vorstand
Allgemeine Bildungspolitik

Hintergrundinformation zum Einfluss wirtschaftlicher Interessengruppen in der Bildung

Wirtschaft in der Schule

Die Auseinandersetzung um ökonomische Bildung in den allgemeinbildenden Schulen

Produkt-Nr.: 21086-33189

Impressum:

Herausgeber **Regina Görner, IG Metall Vorstand**

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Text: **Adrian Klock, z. Zt. im Masterstudium Sozialpolitik**

am Zentrum für Sozialpolitik an der Universität Bremen

Bernd Kaßebaum

FB Bildungs- und Qualifizierungspolitik, Allgemeine Bildungspolitik

Telefon 069 / 66 93 - 2414

Gestaltung **Alexandra Schließinger,** FB Bildungs- und Qualifizierungspolitik, Allgemeine Bildungspolitik

Titelbild: Fotolia Trojanowski, Fotolia_Foto_Alfred_Wimmer, (Seite 17 photocase259921673)

Vertrieb: **PDF-Download**

Die digitale Fassung steht im IG Metall-Internet, im Intranet unter Themen/Bildung/Bildungspolitik als PDF-Datei zur Verfügung.

erschienen: **Dezember 2010**

Inhalt

Vorwort

I. Zur Ökonomisierung des Bildungswesens

1.1. Der Rückzug des Staates aus dem Bildungswesen..... 8

1.2. Tätigkeitsfelder der Wirtschaft im Bildungswesen..... 13

1.3. Vom Neben- zum Hauptdarsteller – die Rolle der Unternehmen und ihrer Verbände in der Schulpolitik..... 18

II. Positionen der Arbeitgeber zur ökonomischen Bildung

2.1 Sechs Punkte Programm des BDA/BDI (Bildungsagenda Schule)..... 21

2.2 Die Verankerung der Forderung der Arbeitgeber in den parlamentarischen Gremien..... 24

2.3 Die Diskussion bei den Kultusministern..... 25

III. Beispiele für Unterrichtsmaterialien aus dem Arbeitgeberlager

3.1 „Wirtschaftsordnung“ herausgegeben vom Handelsblatt, produziert vom Institut für Ökonomische Bildung (IÖB) 27

3.2 „Sozial gerechte Marktwirtschaft“, herausgegeben von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)..... 29

3.3 „Mitbestimmung“, herausgegeben von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)..... 29

IV. Sozioökonomische Bildung – die Vorstellungen der Gewerkschaften

4.1 Grundsätze 33

4.2 Interview mit Tom Baier, Lehrkraft am Hessenkolleg Frankfurt a. Main 37

4.3 Marianne Demmer (GEW): Kein Übungsfeld für Ellbogenmentalität – Schülerfirmen aus gewerkschaftlicher Sicht 40

4.4 Perspektiven der weiteren Arbeit..... 44

V. Anhang

5.1 Literaturliste..... 47

5.2 Linkliste..... 47

5.3 Hinweis auf die Initiative Schule und Arbeitswelt..... 48

Regina Görner,

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Zitat: Oskar Negt, Der Politische Mensch, Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010, S.29

„Betriebswirtschaftlich mag politische Bildung im verengten Gegenwartshorizont mit keinerlei Wertschöpfung verbunden sein; das ist kurzfristiges Denken. Auf lange Sicht, in einer ‚Ökonomie des Ganzen Hauses' also einer gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsökonomie, ist ein gesundes und friedensfähiges, das heißt ein wenig gewaltanfälliges System des gesellschaftlichen Lebens auch unter Gesichtspunkten der Haushaltseinsparungen das einzig vernünftige und vertretbare Konsolidierungskonzept."

Vorwort

„Schülerinnen und Schüler müssen in der Schule Grundkenntnisse wirtschaftlichen Handelns lernen!"

Wer wollte dieser Aussage in dieser Allgemeinheit ernsthaft widersprechen?

Sei es ihre Rolle als Kunde/in, sei es ihre künftige Rolle in Ausbildung und Beruf: Es ist Konsens, dass Schülerinnen und Schüler im Rahmen des schulischen Unterrichts Grundkenntnisse über unser Wirtschaftssystem erhalten müssen.

Brisant wird die Aussage jedoch, wenn man fragt, was der Gegenstand dieses Unterrichts sein soll. Inhalte und Methoden ökonomischer Bildung sind höchst umstritten. Einzelne gesellschaftliche Gruppen und finanzkräftige Akteure verfolgen sehr eng gefasste Ziele, für die sie politische Strategien entwickeln und für die sie zuhauf Materialien produzieren, die sie den Schulen in der Regel unentgeltlich zur Verfügung stellen und für die sie Weiterbildungsangebote für Lehrer/innen unterbreiten.

So sorgt sich der Bankenverband, um ein herausragendes Beispiel zu nennen, dass Schülerinnen und Schüler elementare Produkte des Bankgeschäftes nicht kennen, was ihn veranlasst hat, eine entsprechende Unterrichtshilfe erstellen zu lassen.

Auch die Initiative „Neue Soziale Marktwirtschaft" bietet den Lehrerinnen und Lehrern in großer Zahl Lehrmaterialien an, Materialien, in denen zumeist eine einseitige, betriebswirtschaftliche, angebotsorientierte und neoliberale Deutung wirtschaftlicher Zusammenhänge vorherrscht, in denen die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht selten als Hemmnis für wirtschaftliche Entwicklung gedeutet und Gewerkschaften entweder nicht vorkommen oder sehr einseitig dargestellt werden.

Parallel zu dieser Strategie, die sich in einer Reihe von Angeboten zur Verbesserung der Kontakte zwischen „Schule und Wirtschaft", so der Name für das gleichnamige Netzwerk der Arbeitgeber, fortsetzt, haben die Arbeitgeberverbände auch die Forderung nach einem eigenständigen Fach „Wirtschaft" an den allgemeinbildenden Schulen in die Debatte eingebracht. Sie haben es vermocht, eine Reihe von Unterstützern bis in den politischen Raum zu

gewinnen. Ihr großer Einfluss auf die Ausgestaltung der Lehrpläne, der sich beispielhaft etwa an den Lehrplänen im Fach Politik und Wirtschaft (PoWi) in einzelnen Bundesländern nachzeichnen lässt, ist unverkennbar.

Hinter diesen Aktivitäten verbirgt sich ein weitreichender Wandel im Verständnis schulischer Bildungsprozesse. Der „Primat des Politischen“ verdreht sich zu einem „Primat der Ökonomie“. Die Darstellung wirtschaftlicher Zusammenhänge wird nicht mehr als Teil des Sozialkundeunterrichts, sondern Sozialkunde als Teil des Wirtschaftsunterrichts interpretiert. Wirtschaft erscheint dann wie selbstverständlich in ihrer privaten, gewinnwirtschaftlich organisierten und von gesellschaftlichen Prozessen weitgehend abgelösten Form. Alternativen wie etwa genossenschaftliches Produzieren, die Hinterfragung, ob alle gesellschaftlichen Bereiche privatwirtschaftlichen Regeln folgen müssen – alle diese Themen und Fragestellungen tauchen dann nicht oder nur noch verkürzt auf.

Als Leitbild erscheint der deregulierte Neoliberalismus. Volkswirtschaftliche, soziale, ökologische Dimensionen wirtschaftlichen Handelns kommen zu kurz. Das Handeln der Individuen leitet sich in der Regel aus dem „Homo oeconomicus“ ab, jener Kunstfigur, die für den Arbeitskraft -Unternehmer bestimmend wurde und für die „Solidarität“ ein Fremdwort ist.

Es sind vor allem drei Defizite, die die Auseinandersetzung um ökonomische Bildung an Schulen beherrschen:

1. die Einseitigkeit der Darstellung ökonomischer und sozialer Zusammenhänge
2. die daraus folgenden Defizite in der Darstellung ökonomischer Sachverhalte
3. die häufig fehlende Fachkompetenz der Lehrenden, die sie anfällig machen für die Materialflut und die leichtfertige Übernahme von Informationen und Arbeitshilfen.

Unstrittig ist, dass wirtschaftliche und arbeitsweltliche Zusammenhänge Gegenstand des schulischen Unterrichts sein müssen. Schülerinnen und Schüler müssen gut auf die Arbeitswelt, auf Ausbildung und Beruf vorbereitet werden. Die Schulen unternehmen inzwischen eine Reihe von Aktivitäten und die Gewerkschaften unterstützen sie dabei.

Es gibt einen Grundkonsens politischer Bildung, der nicht aufgegeben werden darf und der auch zu einem Maßstab in der Beurteilung von Unterrichtsmaterialien herangezogen werden kann:

- Unterricht muss schülerorientiert sein,
- er muss verschiedene Positionen und Perspektiven darstellen
- er muss den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben und sie befähigen, ein eigenständiges Urteil zu entwickeln.

„Sozioökonomische Bildung“, so wie sie sich die Gewerkschaften vorstellen, ist zudem interdisziplinär und praxisorientiert. Sie behandelt die ökonomischen, sozialen, ethischen, ökologischen und technischen Zusammenhänge von Arbeit und Wirtschaft. Sie bereitet Schülerinnen und Schüler auf eine selbstbewusste und mitgestaltende Rolle in Berufsausbildung und Arbeitswelt vor

Mit diesen Broschüre leistet die IG Metall einen Beitrag dazu, dass die Auseinandersetzung um ökonomische Bildung eine größere Öffentlichkeit erfährt. Sie weist auf wichtige Defizite hin und unterstützt Lehrerinnen und Lehrer dabei, eine gute, schülerorientierte und an der Ausprägung des Urteilsvermögens, und der Entwicklung der Handlungskompetenzen von Schülerinnen und Schülern ausgerichtete Unterrichtspraxis zu realisieren.

I. Zur Ökonomisierung des Bildungswesens

1) Der Rückzug des Staates aus dem Bildungswesen

„Der Markt wird es schon richten!"- diese oder ähnliche Aussagen haben seit ungefähr Mitte der 80er Jahre Hochkonjunktur. Durch solche oder ähnliche Äußerungen soll suggeriert werden, dass sich der Staat aus Wirtschaftsangelegenheiten herauszuhalten habe. Staatliches Handeln im Sinne des Neoliberalismus hat sich darauf zu beschränken, Rahmenbedingungen für Gewinnsteigerungen zu schaffen. Zugleich dringt die Marktideologie in alle gesellschaftlichen Bereiche. Aus Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden „Arbeitskraft – Unternehmer", aus Erwerbslosen werden „Kunden der Arbeitsagentur" und im Bildungsbereich soll die Orientierung an unternehmerischem Handeln immer stärker die Lehrpläne der allgemeinbildenden Schulen bestimmen.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise scheint diese Überzeugung in ein neues Licht zu rücken. Dies zeigt zumindest die nicht mehr generell vorhandene Ablehnung von staatlichen Interventionen zur Sicherung des Bankensystems und zum Erhalt von Unternehmen, die durch die Auswirkungen der Bankenkrise in wirtschaftliche Probleme geraten sind.

Wer aber glaubt, der Neoliberalismus sei tot und mache einem anderen Wirtschaftsverständnis Platz, wie es z. B. noch bis in die siebziger Jahre in Deutschland vorherrschend war, hat sich geirrt. Manche Banken machen heute wieder Gewinne wie nie: Die Bonuszahlungen steigen wieder ins Unermessliche.

An der Grundüberzeugung hat sich wenig verändert. Die Intervention war (und ist) solange willkommen, wie massiv öffentliche Gelder zur Rettung des Bankenbereichs bereit gestellt wurden (werden). Kosten lassen sich alle Mal gut „sozialisieren". Schon bei der Rettung von Unternehmen, die in dem Strudel der Finanzkrise von Insolvenz bedroht sind, zeigt sich, wie gering die Bereitschaft der Banken ist, günstige Kredite zu gewähren. Auch im Bereich der Bildung lässt sich zeigen, wie massiv der Einfluss des neoliberalen Denkens ist:

- durch die Ökonomisierung der Bildungsdienstleistungen,
- durch die Ökonomisierung der Bildungsinstitutionen,
- in die einseitige Ausrichtung der politischen Bildung auf ökonomische Kenntnisse.

Ökonomisierung der Bildungsdienstleistungen

Unter „Ökonomisierung der Bildungsdienstleistungen“ versteht man den Handel mit Bildungsdienstleistungen zum Zwecke der Gewinnerzielung.

Zentraler Aspekt ist, dass häufig standardisiertes und vergegenständliches, auf Verwertbarkeit reduziertes Wissen, verkauft wird: Dadurch wird „Bildung“ zu einer handelbaren „Ware“. Triebkraft ist die Gewinnaussicht durch den Handel mit Bildung.

Nach Schätzung des Bankhauses Merrill Lynch schlummert im Bildungswesen ein Umsatzpotenzial von 2.200 Milliarden US-Dollar jährlich[3]. Um aus dem Potenzial reale Renditen zu erwirtschaften, muss erst ein Bildungsmarkt geschaffen werden. Ein Weg hierzu ist, den freien Zugang zu Bildung, den es zumindest in westlichen Ländern überwiegend noch gibt, zu verringern oder die Qualität der frei zugänglichen Bildung zu verschlechtern, dass fast zwangsläufig auf Angebote der Privaten zurückgegriffen werden muss.

Um einen „Bildungsmarkt“ zu etablieren, ist es notwendig, dass Bildung nicht, oder zumindest nicht gänzlich, von staatlicher Stelle zur Verfügung gestellt und bezahlt werden darf /kann- Bildung muss also entstaatlicht werden, indem privaten Anbietern mehr Raum eingeräumt wird oder das Bildungswesen chronisch unterfinanziert bleibt. Wie sich der Staat zunehmend aus der Verantwortung für das Bildungswesen herauszieht und privatwirtschaftliche Akteure diese entstehenden Lücken schließen, wird in den folgenden Kapiteln dieser Broschüre anhand diverser Beispiele verdeutlicht werden.

Ökonomisierung der Bildungsinstitution

Hierunter ist die Umstellung der Führung von Bildungsinstitutionen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen und die Initiierung eines ökonomischen Wettbewerbs zwischen verschiedenen Bildungsanbietern zu verstehen.

Der Paradigmenwechsel von einer input- zu einer outputorientierten Steuerung des Schulwesens wird als ein solcher Ansatz diskutiert. Er hat unter dem Eindruck der PISA Studien und anderer Schulvergleichtests massiv Fahrt aufgenommen. Output meint schlicht, „was hinten rauskommt“ und bezieht sich auf zähl- und messbare Ergebnisse, z.B. die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger (oder Abbrecher). Da auf Grund der betriebswirtschaftlichen Denkweise ein Vergleich zu dem investierten Kapital gezogen werden muss, sind Instrumente nötig, diesen „Output“ zu messen, um eine Kosten-Nutzen Rechnung aufzustellen.

Wichtige, qualitative Aspekte des Bildungsprozesses wie beispielsweise Gewissensbildung, die Herausbildung selbstständige Denken oder kritisches Hinterfragen von Zusammenhängen können demgegenüber nicht gemessen werden.

Ein Bildungsverständnis, das sich lediglich entlang der messbaren „Output-Faktoren“ definiert, ist mit der gewerkschaftlichen Konzeption einer umfassenden Bildung nicht vereinbar. Für die Gewerkschaften bilden

3 Vgl. GEW Privatisierungsreport Nr. 2

In der politischen Bildung gewinnt die Vermittlung von ökonomischen Kenntnissen an Bedeutung.

Ausrichtung der politischen Bildung auf ökonomische Kenntnisse

Input-, Output- und Prozessqualität eine Einheit.

Schülerinnen und Schüler sollen lernen, sich als Kunden zu verhalten und sie sollen Verständnisse für die Abläufe in der Wirtschaft gewinnen. Problematisch ist erstens, dass sich soziale Zusammenhänge dem Wirtschaftlichen unterordnen sollen, zweitens die Einseitigkeit der Darstellung wirtschaftlicher Prozesse, die ökonomische Kenntnisse auf Betriebswirtschaft verengt und Schülerinnen und Schüler vorrangig als Kunden definiert, sie an unternehmerisches Handeln heranführt und drittens die Folgen sozialer und ökonomischer Prozesse individualisiert und die Kehrseiten dieser Ansätze ausgeblendet. „Jeder ist seines Glückes Schmied."

Entscheidende „Motoren" für diese Durchdringung der Schulen sind privatwirtschaftliche Akteure oder mit ihnen verbundene Institutionen und Verbände. Sie bemängeln, dass Schülerinnen und Schüler zu wenige Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge haben. Daher plädieren sie dafür, die Anteile wirtschaftlicher Unterrichtseinheiten in den bestehenden Fächern zu erweitern oder ein eigenständiges Fach „Wirtschaft" an allgemeinbildenden Schulen zu etablieren. [4]

*U*nbestritten ist die Beutung von Bildung und Qualifizierung für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft, die Beschäftigungssicherung und den Wirtschaftsstandort.

„Die Bildungsrepublik Deutschland"

In ihrer Festrede zum 60. Geburtstag der sozialen Marktwirtschaft verkündete Bundeskanzlerin Angela Merkel den Aufbau einer „Bildungsrepublik Deutschland". Hierdurch wollte sie die Bedeutung von Bildung für die deutsche Wirtschaft und für die individuelle Aufstiegsmöglichkeit eines jeden Individuums untermauern.

Ein wesentlicher Meilenstein hin zu einer „Bildungsrepublik" sollte der 2009 durchgeführte und 2010 erneuerte „Bildungsgipfel" der Bundesregierung unter Beteiligung aller Ministerpräsidenten sein. Die Länder verpflichten sich gemeinsam mit dem Bund dazu, den Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben von 6,2 Prozent am BIP auf 7 Prozent im Jahr 2015 zu erhöhen.

Schon damals war die Kritik der Gewerkschaften groß, weil sie nicht sahen, wie die Versprechungen umgesetzt werden sollten. Sie haben diese Versprechungen als reine Ankündigungspolitik kritisiert. Auch heute ist die Politik weit davon entfernt, die Versprechungen in die Tat umzusetzen. Mit harten Worten hat der DGB auf den neuerlichen Versuch der Bundesregierung reagiert, sich mit dem Bildungsthema ins rechte Licht setzen zu wollen. Das Scheitern des Bildungsgipfels mache „eine Neuordnung des Bildungsföderalismus" notwendig; das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern

4 Hervorragend dargestellt sind die verschiedenen fachwissenschaftlichen und politischen Dimensionen der schulpolitischen Umsetzung in einem Fach Politik/Wirtschaft in: Carina Mitschke, „Inhaltliche und didaktische Konzeptionen der Initiative Neue Soziale Martkwirtschaft (INSM) - Eine kritische Analyse von Unterrichtsmaterialien für das Fach Politik und Wirtschaft", unveröffentlichtes Manuskript

müsse aufgehoben werden und angesichts der sog. Schuldenbremse müsse der Bund stärker als bisher in Bildung investieren.

Bereits im Zuge der Veröffentlichung des OECD-Berichts „Bildung auf einen Blick 2009“ kritisierte Ulrich Thöne, der Vorsitzende der GEW, dass „zum wiederholten Mal der Bericht den deutschen Politikern vorrechnet, dass sie viel zu wenig Geld in den Bildungsbereich investieren: An internationalen Maßstäben gemessen müssten in Deutschland Jahr für Jahr mindestens 30 bis 40 Milliarden Euro mehr für die Bildung ausgegeben werden.“

Nach wie vor liegen die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben Deutschlands im internationalen Vergleich unter dem Durchschnitt vergleichbarer Industriestaaten. Die angekündigte Steigerung auf 7 Prozent des BIP für die Bildungsfinanzierung würde zudem in etwa lediglich eine Wiederherstellung des Niveaus von 1995 bedeuten- der große Wurf, im Sinne einer von den Gewerkschaften geforderten Bildungsoffensive ist das nicht!

Unterfinanzierung als Einfallstor für eine andere Bildungspolitik

Welchen Stellenwert die arbeitgebernahen Vertreter dem Staat bei der Finanzierung des Bildungswesens beimessen, verdeutlicht ein Zitat von Reinhard Mohn, dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Bertelsmann AG und Gründer der Bertelsmann-Stiftung:

„Es ist ein Segen, daß uns das Geld ausgeht. Anders kriegen wir das notwendige Umdenken nicht in Gang.“ [5]

Die Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte wird ganz unverhohlen als Argument für die Beteiligung von Geld- und Ideengebern aus der Wirtschaft ausgenutzt. Dass diese Finanzknappheit durch eine verfehlte Steuerpolitik und durch die Rettung des Bankensektors entstanden ist, wird häufig nicht erwähnt.

Das Zusammenspiel eines unterfinanzierten Bildungssystems bei gleichzeitiger Betonung der Wichtigkeit der „Ressource Bildung“ für die Bundesrepublik Deutschland eröffnete privatwirtschaftlichen Akteuren im Bildungsbereich große Handlungs- sowie lukrative Geschäftsfelder.

5 Der Stern: ”Ein Segen, daß uns das Geld ausgeht”: Interview mit Reinhard Mohn, Ausgabe: 27/96

1. 2 Tätigkeitsfelder der Wirtschaft im Bildungswesen

Public Private Partnership (PPP)

Unter Public Private Partnership (PPP), auch Öffentlich-Private Partnerschaft, ÖPP genannt, versteht man die Mobilisierung privaten Kapitals zur Erfüllung staatlicher Aufgaben. Mit dieser Inanspruchnahme privater Finanzmittel geht in vielen Fällen eine Teilprivatisierung öffentlicher Aufgaben einher. Eine Folge der Inanspruchnahme von PPP ist, dass man zulässt, dass sich private Unternehmen die Segmente heraussuchen, die für sie lukrativ sind, während dem Staat die Bereiche obliegen, an denen private Unternehmen kein Interesse haben.

„Ohne die Korrektur der Verteilungssituation und die radikale Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik werden die Mechanismen des Finanzmarktkapitalismus auch nach der Krise wirken. Da die bisherige Entwicklung allerdings wenig Anlass zur Hoffnung auf die notwendigen Veränderungen gibt, ist ein Szenario wahrscheinlich, in dem weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge für Märkte geöffnet werden und somit eine neue Privatisierungsrunde eingeläutet wird. Das betrifft in Deutschland insbesondere den Bildungssektor, der aufgrund seiner Größe und bisherigen staatlichen Regulierung einen potentiellen Wachstumsmarkt für anlagesuchendes Kapital darstellt.“ [6]

6 Ptak, Ralf: Bildung als Produktionsfaktor: Die schleichende Transformation des Bildungssystems. In: Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Hrsg. v. Lösch/Thimmel, 2010, Schwalbach/Ts., S. 106:

Nach Colin Crouch führt eine solche Form der öffentlichen Versorgung dazu, dass die Leistungen schrumpfen und die Qualität sinkt, da sie nur noch für finanziell Ärmere und Gruppen ohne politische Lobby wahrgenommen werden. [7]

Hierzu merkt der Politikwissenschaftler Prof. Holtmann an:

„Je intensiver der Staat mit außenstehenden Beratern zusammenarbeitet, desto undurchsichtiger wird der Prozess der politischen Willensbildung.“ [9]

Diese Entwicklung ist nicht alleine aus der Not geboren- vielmehr ist sie politisch gewollt. So sind steuerliche Entlastungen von Unternehmen, die letztendlich auch zu Lasten der Kommunen gehen, ein wesentlicher Grund dafür, weshalb auf kommunaler Ebene zur Erfüllung von staatlichen Aufgaben auf private Finanziers zurückgegriffen wird. Gesetzliche Rahmenbedingungen für die Initiierung von PPP-Projekten setzt das ÖPP-Beschleunigungsgesetz [8] aus dem Jahr 2005, das dazu beitragen sollte, den Anteil an PPPs an öffentlichen Investitionen zu erhöhen.

Unter dem Gesichtspunkt demokratischer Prozesse ist die Entstehung dieses Gesetzes auch deswegen kritisch zu betrachten, da an der unmittelbaren Formulierung des Textes im Auftrag des zuständigen Ministeriums verschiedenen Anwaltsfirmen beteiligt waren. Die Initiierung von PPP-Projekten erscheint als lohnenswerter Geschäftsbereich für international agierende Anwaltskanzleien.

Selbstverständlich investieren die privaten Unternehmen nicht ohne Gegenleistung in öffentliche Infrastruktur- vielmehr muss der Staat, im Endeffekt also die Bürgerinnen und Bürger, ein monatliches, vertraglich festgelegtes „Nutzungsentgelt“ zahlen.

Ein Bereich, in dem Unternehmen neue Profitchancen durch PPP-Projekte entdecken, ist das Bildungswesen.

So gibt es in der rheinischen Stadt Monheim seit 2004 das bundesweit erste PPP-Projekt im Schulsektor. Das britische Dienstleistungsunternehmen „Serco-Group“ ist seitdem für die Bauunterhaltung und den Betrieb aller Schulgebäude in Monheim zuständig.

Der deutsche Städtetag widerspricht den „gelegentlich aufkommenden Tendenzen, die Möglichkeiten von PPP-Modellen ideologisch bedingt zu überschätzen.“ Weiter formuliert der Städtetag: „insbesondere dürfen „Public-Private-Partnership"-Modelle auf keinen Fall als Mittel zur Lösung der kommunalen Finanzkrise angesehen werden.“ [10]

7 Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie, S. 114

8 Bundestagsdrucksache 15/5859

9 GEW- Report Nr. 3, 2007, S.43f

10 http://www.staedtetag.de/10/presseecke/pressedienst/artikel/2003/09/19/00140/

Sponsoring und Werbung

Ein weiteres Beispiel für die stärker werdende Präsenz privatwirtschaftlicher Akteure im Bildungswesen sind die Sponsoring- und Werbeaktivitäten. So geraten Schulen in Zeiten klammer öffentlicher Kassen zunehmend in den Sog privatwirtschaftlicher Abhängigkeiten, wenn sie ihr Angebot attraktiv gestalten oder einfach nur aufrecht erhalten wollen.

Einige Beispiele [11] dieser „attraktiven“ Angebote privater Unternehmen:

- Im Kreis Wesel am Niederrhein engagierte sich die Verbands-Sparkasse Wesel. Alljährlich verteilte sie 50.000 Heimatkundebücher kostenlos für den Grundschulunterricht. Auf Seite 78 des Buches werden die Kinder zunächst aufgefordert: „Überleg, was das Logo der Sparkasse bedeutet.“ Es folgt die Frage: „Warum bringst du dein Geld zur Sparkasse?“ Auf dem Buchrücken ist schließlich ein Foto abgedruckt: Schüler/Innen stehen vor der Sparkassenfiliale- mit dem Sparbuch in der Hand.
- 2.500 Euro für Lehrmittel kassierte eine Schule, wenn sie den Sieger der jährlich stattfindenden „Scrabble-Schulmeisterschaft“ stellte. Unterstützt wurde der Wettbewerb von den Unternehmen Mattel, das „Scrabble“ in Deutschland vertreibt, und Bahlsen, dem Keks-Hersteller aus Hannover. Auf der Internetseite „scrabble.de“ stehen kostenlose Unterrichtsmaterialien zum Download bereit – ein Lehrerbegleitheft „Scrabble im Unterricht“ sowie die Bahlsen-Broschüre „Spielerisch lernen mit ABC Russisch Brot“. Geht es nach Bahlsen, sind die gezuckerten Ess-Buchstaben geradezu prädestiniert für den Einsatz im Unterricht.
- Die Allianz-Versicherungsgruppe verschaffte sich 2005 über den vom Unternehmen organisierten „Berufschancen-Test“ exklusiven Zugang zu 1.100 Schulklassen. Die im Zuge dieses „Tests“ ermittelten Adressen der Teilnehmer nutzte die Allianz, um bedarfsgerecht schriftlich über Finanzdienstleistungen zu informieren- so stand es zumindest in den Teilnahmebedingungen.

[11] Diese Beispiele sind dem Privatisierungsreport Nr. 1 der GEW aus dem Jahr 2006 entnommen

Einer der Hauptgründe für die Aktivitäten von Unternehmen im Sponsoring- und Werbebereich ist die Tatsache, dass sie Schüler/Innen als finanzstarke Käuferschicht entdeckt haben. Wo sonst gibt es einen so lukrativen, scheinbar ungehinderten Zugang der Werbestrategen auf rund zwölf Millionen potenzieller Kunden/Innen, die über ein Taschengeld von jährlich ca. neun Milliarden Euro verfügen und über die Verwendung elterlicher Ausgaben in Höhe von rund 55 Milliarden Euro mitbestimmen? [12]

Eine Folge der Investitionen der Privatwirtschaft in Schulen ist, dass die ohnehin vorhandene ungleiche Verteilung privater Gelder zwischen den Schulen, sich weiterhin vergrößert. Christoph Zeuch, Geschäftsführer der „youngkombi GmbH“, bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „Gymnasiasten seien als Bildungselite für manche Produkte interessanter als Hauptschüler“. Anders ausgedrückt erscheint die „Investition“ in die Schule eines „Problemstadtteils“ weniger gewinn- bzw. erfolgsversprechend als die werbewirksame Unterstützung einer Eliteschule!

Allerdings wird es nicht reichen, zu sagen: „Private Unternehmen raus aus der Schule“, da die Schulen, Lehrkräfte oder Eltern eine solche Forderung nicht verstehen würden. Wer hat etwas dagegen, wenn Klassenräume mit neuen PCs ausgestattet oder Lehrerinnen und Lehrer an Computern fortgebildet werden? Die entscheidende Frage muss aber lauten: Wo liegt die Grenze? Sind Werbeplakaten in der Schule in Ordnung? Ist die Nutzung von Unterrichtsmaterialien nicht eine legitime Hilfestellung für Lehrerinnen und Lehrer?

So mag es sein, dass die Aktivitäten von privaten Anbietern per se nicht schlecht sind- es gibt jedenfalls auch positive Beispiele für unverfängliche, produktive und sozial ausgeglichene Kooperationen. Im höchsten Maße bedenklich wird es aber unter anderem dann, wenn

- **erstens** Schulen in eine finanzielle Abhängigkeit privater Unternehmen geraten,
- **zweitens** der schulische Bildungsauftrag einseitig durch privatwirtschaftliche Interessen vereinnahmt wird,
- **drittens** Kommerz und Werbung Einzug in die Schule erhalten,
- **viertens** die Kooperationen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen vernachlässigt in den Hintergrund treten und
- **fünftens** die eingesetzten Unterrichtsmaterialien dazu dienen, neue Käufer-

12 GEW- Report Nr. 1, 2006, S. 9

schichten zu erschließen. (Vgl. dazu den in der Anlage wiedergegebenen Beitrag von Marianne Demmer zu Schülerfirmen)

- **sechstens** die eigentlichen Ziele der unterschiedlichen Unterrichtsfächer / von Bildung im Allgemeinen zugunsten von Unternehmensinteressen ausgehöhlt werden.

1.3 Vom Neben- zum Hauptdarsteller - die Rolle der Unternehmen und ihrer Verbände in der Schulpolitik

Die deutsche Wirtschaft hat das Jahr 2009 zum „Jahr der ökonomischen Bildung“ ausgerufen. **Marion Hüchtermann**, Geschäftsführerin der „Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft“ sagte hierzu dem Handelsblatt:

„Mit dem Jahr der ökonomischen Bildung wollen wir das Thema noch stärker als bisher fördern und Lehrer unterstützen, ihren Wirtschaftsunterricht aktuell und spannend zu gestalten.“ [13]

Bei der „Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft“ handelt es sich um eine Organisation, die von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem arbeitgebernahen „Institut der deutschen Wirtschaft“ (IW) getragen wird. Unter ihrem Dach wird die Arbeit von 15 Landesarbeitsgemeinschaften und 450 regionalen Arbeitskreisen koordiniert. Nach eigener Darstellung, kommen bundesweit rund 22.000 Vertreter von Schulen und Firmen in diesen Arbeitskreisen zusammen. Ferner werden pro Jahr Veranstaltungen, Praktika und Fortbildungen für mehr als 190.000 Teilnehmer/innen angeboten. Weitere Aktivitäten sind Partnerschaften, Projekte, Expertengespräche und Bewerbungstrainings.

So ist es den Arbeitgebern und ihren Verbänden gelungen, einen exklusiven Zugang zu Schulen zu bekommen.

Neben der Erschließung neuer Geschäftsfelder gibt es ein weiteres, größeres Interesse: Die direkte und indirekte Beeinflussung der Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge im Schulunterricht.

Diese erfolgt nach den Vorstellungen der Wirtschaftsakteure im Sinne einer marktradikalen Ideologie und zielt darauf ab, die herrschende kapitalistisch organisierte und am Neoliberalismus ausgerichtete Wirtschaftsordnung zu legitimieren. Diese Legitimation erscheint ihnen notwendig, da kapitalistisch-marktwirtschaftliche Systeme in der Öffentlichkeit vermehrt für Phänomene wie z. B. Globalisierung, Arbeitslosigkeit oder Managergier verantwortlich gemacht werden.

13 Handelsblatt Artikel: http://www.handelsblatt.com/unternehmen/karriere/wirtschaft-startet-bildungsoffensive;2146048

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Im Jahr 2000 entstand auf Anregung der Arbeitgeberverbände aus der Metall- und Elektroindustrie die *„Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“*. Sie versteht sich selber als *„kommunikativen Think Tank für die Soziale Marktwirtschaft und die Stimme der ökonomischen Vernunft in der Reformdebatte.“*

Der Jahresetat der INSM beläuft sich auf jährlich ca. 8 Millionen Euro, maßgeblich finanziert von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Wissenschaftlicher Wegbegleiter ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Seit der Gründung ist es ihr Auftrag, für einen Wandel des gesellschaftlichen Klimas zu sorgen- hin zu einer größeren Einsicht in der Bevölkerung zu scheinbar notwendigen Reformen nach neoliberalem Strickmuster *(„Reforminitiative“)*. Es ist somit nicht weiter verwunderlich, dass die INSM einer der größten Akteure bei der Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien ist.

Die Bertelsmann-Stiftung

Die gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Gütersloh zählt zu den finanzstärksten Deutschlands. Im Jahr 2008 besaß sie ein Vermögen von fast 620 Millionen Euro. [14] Nach eigener Darstellung ist das Ziel der Stiftung, eine „möglichst große und nachhaltige gesellschaftliche Wirkung unserer Arbeit.“ Weiter heißt es:

„Wir konzentrieren uns in unserer Arbeit auf die Bereiche, in denen wir durch unsere Projekterfahrung besonders hohe Kompetenz erworben haben: bessere Bildung, eine gerechtere und effiziente Wirtschaftsordnung, ein vorsorgendes Gesundheitswesen, eine lebendige Bürgergesellschaft und wachsende internationale Verständigung.“ [15]

Die Stiftung ist parteipolitisch unabhängig und versteht sich als ungebundene Reformkraft, die Blockaden aufheben will, die der Zukunftsentwicklung im Wege stehen, um somit die gesellschaftliche Entwicklung voranzubringen.

Experten sind sich dahingehend einig, dass keine andere Stiftung Deutschlands einen so großen Einfluss auf die Bildungspolitik hat. [16]

14 http://www.stiftungen.org/files/original/galerie_vom_05.12.2005_10.33.06/GroessteStiftungen_20090506_PRechtsVglJahr2008.pdf

15 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-E238368C-281C030F/bst/hs.xsl/2086.htm

16 GEW- Report Nr. 2, 2006, S. 11

Die Bertelsmann-Stiftung fördert die ökonomische Bildung an Schulen und bietet hierfür ein internet-basiertes Weiterbildungsprogramm für Lehrerinnen und Lehrer an.

Die Erstfinanzierung des Projektes von 2001 bis 2004 erfolgte durch die Heinz Nixdorf Stiftung, die Ludwig-Erhard-Stiftung, dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur Niedersachsen, dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg, der EWE AG Oldenburg, der Stiftung der Deutschen Wirtschaft und der Bertelsmann-Stiftung.

Weitergeführt wird das Projekt vom Institut für ökonomische Bildung der Universität Oldenburg (IÖB).

Das Institut für ökonomische Bildung (IÖB)

Das IÖB zeigt sich maßgeblich für die Konzeption der Unterrichtsmaterialien der marktliberalen Seite verantwortlich. Das Institut forscht, entwickelt, qualifiziert, produziert und berät rund um die ökonomische Bildung. Dieses Institut ist wesentlicher wissenschaftlicher Begleiter für die Erstellung diverser Unterrichtsmaterialien.

Einige Ziele des IÖB können aus der Präambel des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Oldenburg und dem IÖB entnommen werden. So heißt es:

> *„Die Gründung und Errichtung der IÖB GmbH ist erfolgt, um anwendungsnahe Forschung und Entwicklung durchführen zu können und die ökonomische Bildung in allen Schulformen und Schulstufen des allgemein bildenden Schulwesens in der Bundesrepublik Deutschland sowie im Ausland (...), zu fördern. Die universitäre Lehrerausbildung sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von Lehrkräften im Bereich der ökonomischen Bildung sollen regional, national und international weiter entwickelt werden."* [17]

Um die erklärten Ziele einer stärkeren Verankerung ökonomischer Bildung in den allgemeinbildenden Schulen zu erreichen, kooperiert das Institut mit einer Reihe von Partnern. Unter anderem bestehen Kooperationen mit dem Arbeitgeberverband Oldenburg, dem Bundesverband deutscher Banken, der Bertelsmann-Stiftung, Landesregierungen oder dem Handelsblatt.

17 http://www.ioeb.de/index.php?id=28

II. Positionen der Arbeitgeber zur ökonomischen Bildung

Die Konfliktlinie läuft entlang zweier Sachverhalte, die nicht voneinander getrennt betrachtet werden können: Die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien und der Konflikt um die Auseinandersetzung um ein eigenständiges Fach „Wirtschaft“, das laut einer Umfrage des „Institut für Demoskopie Allensbach“, von 61 Prozent der Bevölkerung gefordert wird. [18]

Die Position der wirtschaftsliberalen Akteure zur Frage des eigenständigen Schulfaches „Wirtschaft“ und zur engen Kooperation zwischen „Schule und Wirtschaft“ wird exemplarisch am so genannten „Sechs-Punkte-Programm“ von BDA und BDI und an seiner Verankerung in den Parlamenten, sichtbar.

2.1 Das „Sechs Punkte Programm“ von BDA und BDI (Bildungsagenda Schule)

Im Jahr 2008 veröffentlichte die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeber (BDA) gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine Resolution für eine bessere ökonomische Bildung unter dem Titel: „Bildungsagenda Schule“. [19]

In der Vorbemerkung dieser Schrift wird moniert, dass die Vermittlung einer umfassenden ökonomischen Bildung noch nicht greifbar ist. Es wird bemängelt, dass wirtschaftliche Zusammenhänge nicht wie gefordert in einem eigenständigen Fach „Wirtschaft“ unterrichtet werden, sondern vielmehr in Form von Fächerverbünden. Ferner wird beanstandet, dass in den Schulbüchern „die Bedeutung des Unternehmertums für die wirtschaftliche Entwicklung weder hinreichend noch sachgemäß dargestellt wird.“ Gefordert wird darüber hinaus, dass junge Menschen wirtschaftliche Grundkenntnisse benötigen, um mündige Staatsbürger sein zu können. Um die skizzierten Mängel zu beseitigen, schlägt die Bildungsagenda von BDA und BDI sechs Schritte vor:

18 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 06.09.2009

19 http://www.bda-online.de/www/arbeitgeber.nsf/res/558A537867EC4DF6C12574EF0053F58F/$file/BDA_BDI_Resolution_Oekonomische_Bildung.pdf

1.

Das Fach Wirtschaft muss „ein eigenständiges Unterrichtsfach an allgemeinbildenden Schulen sein.“

“ Ihrer Auffassung nach kann „erst ein Fach Wirtschaft einen deutlichen Qualitätssprung in der Vermittlung ökonomischen Wissens und Könnens schaffen.“ Für sie kann die Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge in Fachverbünden nur eine Zwischenlösung sein, wobei „der Anteil der ökonomischen Bildung verbindlich sowie mit einem angemessenen und klar erkennbaren Zeitbudget definiert“ sein muss. Solange die Zwischenlösung gilt, sollen die politische und die ökonomische Bildung innerhalb eines Faches in einem additiven Verhältnis zueinander stehen. Eine Verschränkung dieser Themenfelder ist nicht erwünscht.

2.

Die Einführung nationaler Standards, „mit den die zu erreichenden Kompetenzen formuliert und vorgegeben werden.“

“ Die Bundesländer sollen sich in ihren Curricula an diesen Standards orientieren und im Rahmen der Evaluation überprüfen. Die Orientierung am Output von Lernprozessen steht hier im Fokus. Anhand der Evaluationen lässt sich eine Vergleichbarkeit der Bundesländer bis hin zu einzelnen Schulen oder gar Klassen herstellen. Die befördert nicht nur die Vergleichbarkeit, sondern auch den Konkurrenzdruck.

3.

Um die Grundlage für eine hochwertige Wissensvermittlung ökonomischer Sachverhalte zu legen, ist es notwendig, die Aus- und Weiterbildung von Fachlehrern zu stärken.

Auch hierfür ist nach Auffassung von BDA/BDI „die Entwicklung bundesweiter Standards durch die Kultusministerkonferenz und deren Umsetzung in den Ländern und ihren Hochschulen von fundamentaler Bedeutung.“ Hierbei ist die Weiterbildung und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrer zum Themenschwerpunkt Ökonomie ist ohne Zweifel notwendig. Die Frage ist jedoch, wer solche Fortbildungen anbietet und aus welchem Grund. Es besteht die Gefahr der Beeinflussung durch einseitige Fortbildungsangebote aus der (Finanz-) Wirtschaft (siehe Bankenverband).

“Um der Lehr-Lern-Forschung der Wirtschaftsdidaktik einen höheren Stellenwert innerhalb der „scientific community“ einen höheren Stellenwert zu verschaffen, muss diese „von der Forschungsförderung aktiv unterstützt werden.“ Ein Studium für ein Fach der sozioökonomischen Bildung, wie von den Gewerkschaften gefordert, kann und darf nicht nur in den Wirtschaftswissenschaften oder nicht nur in der Politikwissenschaft stattfinden. Schon in der Ausbildung muss daher eine Verzahnung stattfinden, im besten Fall werden von beiden Fachbereichen gemeinsam organisierte Veranstaltungen angeboten. Um dies zu erreichen, müsste ein einhelliges Verständnis von politischer bzw. ökonomischer Bildung an allgemeinbildenden Schulen an den Universitäten vorherrschen.

4.

Um zukünftige Lehrerinnen und Lehrer auf das Unterrichtsfach „Wirtschaft“ vorzubereiten, ist „in Forschung und Lehre die Didaktik der Wirtschaftswissenschaften zu stärken und an Kapazitäten auszubauen.

“ Nach BDA/BDI muss sich dieses ändern: „Die Schulbücher müssen um ausgewogene und realistische Darstellungen von Unternehmensabläufen und unternehmerischer Wertschöpfung ergänzt werden.“ So sollen die Schulbücher die „Perspektive und Verantwortung von Unternehmern im Wirtschafts- Arbeitsprozess, ihre Bedeutung für die Beschäftigungsentwicklung und ihr Beitrag zum Allgemeinwohl“ stärker thematisieren. Hierdurch soll „Mut zum Unternehmertum“ gemacht werden. Ihr Appell ist sowohl an die Schulbuchverlage als auch an die für die Zulassung von Schulbüchern verantwortlichen Behörden gerichtet.

5.

Die Betonung der Schlüsselrolle von Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien- es wird auf Studien verwiesen die zeigen, „dass Wirtschaftsthemen überwiegend aus der Sicht des –künftigen- Arbeitnehmers im Betrieb dargestellt werden.

6.

„Der Unterricht im Fach „Wirtschaft“ soll kind- und jugendgerecht sein, an den Erfahrungen und Interessen der Schüler anknüpfen und das komplexe Thema exemplarisch und anschaulich darstellen.“

Insbesondere soll dies durch eine „enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, Unternehmen, Verbänden, Bildungswerken und Stiftungen“ erreicht werden. Das Engagement im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft ist „für die ökonomische Bildung unverzichtbar und weiter auszubauen.“ Eine Kooperation zwischen Schule und Betrieb darf von den Betrieben nicht als Mittel zur perfekten Zuschneidung zukünftiger ArbeitnehmerInnen missbraucht werden. Auch die Gewerkschaften dürfen im Rahmen einer solchen Kooperation nicht ausgeschlossen werden, sondern sollten fester Bestandteil sein, um den Schülerinnen und Schülern ein ausgewogenes Bild von Unternehmen präsentieren zu können, das nicht frei von Widersprüchen oder Interessensgegensätzen ist. Dass jedes Betriebsmitglied eine Stimme hat, muss klar werden.

2.2 Die Verankerung der Forderungen der Arbeitgeber in den parlamentarischen Gremien

Es ist kein Zufall, dass die FDP-Bundestagsfraktion parallel zu den Forderungen der Arbeitgeber eine sog. „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung zu den „Defiziten ökonomischer Bildung an allgemeinbildenden Schulen“ gerichtet hat.

In der Vorbemerkung der Antragssteller heißt es:

„Die Darstellung und Auseinandersetzung mit Fragen der Ökonomie ist teilweise durch antikapitalistische Rhetorik, ideologisierte Parteipolitik und einen unverfrorenen Anti-Kapitalismus gekennzeichnet“. [20]

Im nächsten Satz dieser Vorbemerkung wird dann deutlich, was als „antikapitalistisch“ gedeutet wird:

„Es wird teilweise suggeriert, Freihandel und globaler Wettbewerb seien grundsätzlich problembehaftet und müssten durch staatliches Eingreifen „korrigiert“ werden.“ [21]

Die Bundesregierung verwies in ihrer Antwort auf die Anfrage der FDP- Fraktion im Deutschen Bundestag, ob sich Bund und Länder um eine ausgewogene Darstellung ökonomischer Sachverhalte in Schulbüchern

[20] Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Bundesdrucksache 16/9946 vom 09.07.2008, S. 1f

[21] Ebd.

bemüht haben, auf das „Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung." Dieses Institut kommt nach einer umfassenden Studie anhand 150 deutscher, englischer und schwedischer Schulbücher aus den Jahren 1997 bis 2007 (übrigens im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) zu dem Schluss:

„Deutsche Schulbücher zeichnen ein erstaunlich differenziertes Bild der Wirtschaft und unternehmerischer Tätigkeit."[22] *Weiter heißt es: „Eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber Unternehmertum und Marktwirtschaft kann den Schulbüchern nicht attestiert werden."*

Weiterhin wird festgestellt: „Die Voraussetzung, Marktwirtschaft und Unternehmertum würden dabei generell negativ dargestellt, hat sich nicht bestätigt."

2.3 Die Diskussion bei den Kultusministern

Zu der Forderung nach einem eigenständigen Fach „Wirtschaft", die als „Kernforderung" bezeichnet werden kann, ist die Haltung der Kultusministerkonferenz eindeutig.

So formulierte KMK-Präsident Tesch:

„Wir haben in jeder Schule von der Grundschule bis zum Gymnasium das Thema Wirtschaft in den Lehrplänen verankert. Moderner Unterricht ist auch dadurch geprägt, dass fächerübergreifend Fragestellungen die ökonomische Bildung aufgreifen." [23]

Darüber hinaus muss gefragt werden, zu welchen Lasten die Einrichtung eines Faches „Wirtschaft" erfolgen soll. Hier kann die schlichte ökonomische Einsicht „nichts ist umsonst" herangezogen werden: Was kostet ein „Mehr an ökonomischer Bildung"?

Zweifellos ist es so, dass die Stundentafel nicht beliebig ausgeweitet werden kann, was zwangsläufig dazu führen müsste, dass andere Fächer weniger unterrichtet werden könnten. *„Der Tag habe nur 24 Stunden. Wenn man aber zusammenrechne, wer alles noch ein eigenständiges Fach wolle, dann gebe es eben keinen Platz mehr in der Stundentafel."* [24], zitierte das Handelsblatt den KMK – Präsidenten.

Schließlich böte sich auch ökologische, gesundheitliche oder philosophische Bildung an- auch dies sind zweifelsohne höchst bedeutsame Aspekte der Allgemeinbildung.

[22] Sämtliche Zitierungen des Instituts entstammen der Pressemeldung zur Studie „Unternehmertum und Wirtschaft in europäischen Schulbüchern": http://www.gei.de/index.php?id=743&L=0&print=1&no_cache=1&tx_ablinklist_pi1[action]=&tx_ablinklist_pi1[uid]=&tx_ablinklist_pi1[category_uid]=&tx_ttnews[tt_news]=&tx_ttnews[cat]=&tx_ttnews[backPid]=&tx_ttnews[pointer]=

[23] Handelsblatt Artikel: Handelsblatt Artikel: http://www.handelsblatt.com/unternehmen/karriere/wirtschaft-startet-bildungsoffensive;2146048

[24] Handelsblatt Artikel: Handelsblatt Artikel: http://www.handelsblatt.com/unternehmen/karriere/wirtschaft-startet-bildungsoffensive;2146048

III. Beispiele für Unterrichtsmaterialien aus dem Arbeitgeberlager

Es gibt eine **unüberschaubare Menge** an Unterrichtsmaterialien, die zumeist kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Jede Lehrkraft weiß, dass die Postfächer in den Schulen im wahrsten Sinne des Wortes überlaufen. Die wenigsten Materialien werden von Lehrerinnen und Lehrer explizit bestellt. Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes bringt es auf den Punkt, wenn er sagt, dass „wir richtig zugeschüttet werden."

Diese Materialien zeichnen sich dadurch aus, dass sie in der Regel aufwendig und ansprechend gestaltet sind.

Allerdings- und hier liegt der Kern des Problems- sind sie zum Teil sehr einseitig und drohen das für Lern- und Meinungsbildungsprozesse wichtige Kontroversitätsgebot zu verletzen. So bemängelt Meidinger, dass es keine Qualitätskontrollen und keine klaren Richtlinien der Ministerien für die Materialien bzw. deren Nutzung gibt.

Im Folgenden wird anhand der Unterrichtsmaterialien a) „Wirtschaftsordnung", b) „Sozial gerechte Marktwirtschaft" und c) „Mitbestimmung in Deutschland" skizziert, wie wirtschaftsliberale Akteure sich Lernmaterialien zur ökonomischen Bildung vorstellen. An vielen Stellen sind sie durch aggressive Angriffe auf gewerkschaftliche Kernfelder gekennzeichnet.

3.1 Bei der Unterrichtseinheit **„Wirtschaftsordnung"** handelt es sich um Material, welches kostenlos unter der Homepage www.handelsblattmachtschule.de bestellt werden kann. Herausgegeben wird diese Unterrichtseinheit von der Wirtschaftszeitung „Handelsblatt". Konzipiert wurde dieses Unterrichtsmaterial vom Institut für ökonomische Bildung der Universität Oldenburg.

In der Unterrichtseinheit heißt es zur Wirtschaftsordnung:

„Die ökonomische Überlegenheit marktwirtschaftlicher Systeme ist im Vergleich zu zentralverwaltungswirtschaftlichen auf nachdrückliche Weise deutlich geworden. Die darf allerdings nicht dazu führen, die ebenfalls offensichtlichen Probleme der Marktwirtschaft und damit die Notwendigkeit der Weiterentwicklung zu übersehen."[25]

25 Kaminski, Hans, u.a. Unterrichtseinheit Wirtschaftsordnung, in: www.handelsblattmachtschule.de, S. 16

Interessant wären an dieser Stelle die Fragen, ob diese Weiterentwicklung in mehr soziale Verantwortung oder mehr Wettbewerb gehen soll, wie soziale Ungleichheit behandelt wird und ob die Darstellung der Wirtschaftssubjekte die strukturellen Benachteiligungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umfasst.

Einige Beispiele in welche Richtung die „Reform-Reise“ gehen soll, liefert die Unterrichtseinheit - in Form einer Attacke gegen den Sozialstaat - gleich mit.

So heißt es:

„Der heutige Sozialstaat dient häufig genug nicht den wirklich Bedürftigen, sondern jenen, die sich im politischen Prozess besonders schlagkräftig Gehör verschaffen. Und er dient jenen, die sich als Einrichtungen der sozialen Selbstverwaltung, als „Sozialpartner“ oder als Umverteilungsbürokraten längst unersetzlich gemacht haben.“ (ebd. S. 76)

Weiter wird ausgeführt:

„Regulierungen des Arbeitsmarktes sorgen nicht für mehr Beschäftigung, sondern schützen die Privilegierten Arbeitsplatzinhaber.“ (ebd. S.77)

In einem Zeitungsartikel vom ehemaligen Bundesbankpräsidenten Hans Tietmeyer, der im Handelsblatt erschien und Teil dieser Unterrichtseinheit ist, heißt es weiterhin:

„Der Sozialstaat ist aber bei uns im Laufe der Jahre zu einem Wohlfahrtsstaat geworden, der die Menschen bevormundet, ihnen immer mehr Lasten aufbürdet und immer weniger Gestaltungsmöglichkeiten lässt.“ (ebd. S.83)

Auch ein bekannter Slogan aus der marktliberalen Ecke ist in der Unterrichtseinheit „Wirtschaftsordnung“ nachzulesen:

„Sozial ist heute vor allem, was mehr Beschäftigung schafft.“

Problematisch erscheint nicht, dass pointierte marktradikale Positionen ausgewählt wurden, sondern ihre Häufung, Ausschließlichkeit und Dominanz, die sie als alternativlos existierende Tatsachen erscheinen lassen.

Argumente aus anderen ökonomischen Konzeptionen oder Positionen aus den Gewerkschaften sucht man vergeblich.

So aber ist Urteilsbildung aus der Abwägung unterschiedlicher Ansichten nicht zu bewerkstelligen.

3.2 Die Unterrichtseinheit **„Sozial gerechte Marktwirtschaft“** ist über die Homepage www.wirtschaftundschule.de der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ zu beziehen. Im Lernziel der Einheit heißt es:

„Der Lernende soll erfahren, dass eine Gesellschaft nicht gerecht geordnet ist, wenn sie einem jeden möglichst das Gleiche zukommen lässt, sondern wenn sie- jedenfalls bis zu einem gewissen Grad- Ungleiches auch ungleich behandelt.“ Auch der dringende Umbau der Sozialsysteme wird als Lernziel vorgegeben: „Der Sozialstaatsgedanke ist in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahrzehnten vielfach überstrapaziert worden (...) und der Umbau der Sozialsysteme deshalb dringend notwendig ist.“ [26]

Ferner wird betont, „dass der Leistungsgedanke in der Gesellschaft wieder eine viel größere Rolle spielen muss.“ (ebd.)

3.3 Auch die Unterrichtseinheit **„Mitbestimmung in Deutschland“** ist über die Homepage www.wirtschaftundschule.de zu beziehen. Herausgeber dieser Einheit ist auch hier das arbeitgebernahe „Institut der deutschen Wirtschaft Köln“ und die Bundesarbeitsgemeinschaft „Schule/Wirtschaft“.

Auf der ersten Seite sind die Lernziele des Unterrichtheftes beschrieben. So heißt es dort zum Thema „Mitbestimmung in Deutschland“:

„Im ersten Kapitel werden die Rechtsgrundlagen der betrieblichen Mitbestimmung und deren Umsetzung in die Praxis vermittelt. Dabei soll deutlich werden, dass die betriebliche Mitbestimmung sich immer da am besten bewährt, wo die Beteiligten nicht im Traum daran denken, Punkt für Punkt die Paragraphen des Betriebsverfassungsgesetzes umzusetzen, sondern wo sie vor allem den wirtschaftlichen Erfolg des Betriebs in den Vordergrund rücken.“ [27]

Weiter heißt es:

„Im Unterschied zur betrieblichen Mitbestimmung gibt es bei der so genannten Unternehmensmitbestimmung in Deutschland erheblichen Reformbedarf. Im zweiten Kapitel wird geschildert, wie das deutsche Modell der Mitbestimmung derzeit unter den Druck des internationalen Standortwettbewerbs gerät. Die neuere Entwicklung in Europa erfordert deshalb eine schnelle Anpassung an moderne Standards.“ (ebd.)

26 Schlaffke, Wilfried, Sozial gerechte Marktwirtschaft, in www.archiv.insm.de, S. 1

27 Larmann, W. / Niedenhoff, H.-U., Mitbestimmung in Deutschland, pdf, in: www.wirtschaftundschule.de, S. 1

Im Fazit zur betrieblichen Mitbestimmung heißt es:

„Das Betriebsverfassungsgesetz hat sich in der bisherigen Fassung im Grundsatz bewährt. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Mitbestimmung für die deutsche Wirtschaft im internationalen Vergleich erhebliche Belastungen mit sich bringt.“ (ebd. S. 7)

Ferner wird formuliert:

„Unbestritten ist auch, dass ideologisch eingestellte Betriebsräte („Was für das Unternehmen gut ist, muss für die Arbeitnehmer schlecht sein“) angesichts der vielfältigen Vorschriften und der komplizierten Rechtsprechung (...) durchaus in der Lage sind, Betriebsabläufe empfindlich zu stören.“ (ebd. S. 9)

Dazu gibt es viele weitere Materialien, hier nur ein Ausschnitt an Titeln:

- „Schlanker Staat - Einführung ins Thema“, INSM
- „Schlanker Staat II - Privatisierung öffentlicher Unternehmen“, INSM
- „Flexible Arbeitszeiten, flexible Löhne“, INSM
- „De-Regulierung“, INSM
- Allgemeinbildung“, Handelsblatt und Deutsche Bank
- „Handelswelten“, Metro-Gruppe
- „Hoch im Kurs, Vermögensaufbau, Kapitalmarkt und Investmentfonds“, Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V. und Bundesverband Investment und Asset Management e.V.

Aus der Analyse der Unterrichtsmaterialien der Arbeitgeber und ihrer Verbände ergeben sich folgende Einschätzungen:

- Die Wirtschaft erscheint wie selbstverständlich in ihrer privaten, gewinnwirtschaftlich und kapitalistisch organisierten Form. Alternativen, wie etwa genossenschaftliches produzieren, erscheinen in aller Regel nicht.
- Die Ökonomie wird betriebswirtschaftlich verengt dargestellt. Das bedeutet konkret, dass volkswirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Bezüge zu kurz kommen. Als Leitbild wirtschaftlichen Handelns erscheint der deregulierte Neoliberalismus. Eine Dimension der Kritik bestehender Wirtschaftsmodelle, gar erst der „Kapitalismuskritik“, wird man vergeblich suchen. Oft ist sie auf Akzeptanzprobleme verengt, die abgebaut werden müssen.

- Sichtweisen der Arbeitnehmer/Innen und ihrer Interessenvertretung wird weitgehend ausgeklammert, ihre Darstellung ist einseitig oder verkürzt.

- Festzustellen ist eine affirmative, beschreibende Herangehensweise, die im besten Fall funktional erklärt, aber nicht umfassend problematisiert und damit Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit nimmt, urteilsfähig zu werden und eigene Handlungs- und Gestaltungsoptionen zu entwickeln.

Die genannten Materialien werden im Unterricht eingesetzt – darüber sollte man sich bewusst sein. Vielleicht sollte man Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, folgen, der sagt, dass er sich „mehr Askese“ bei der Verwendung dieser Materialien wünscht.

IV. Sozioökonomische Bildung - Vorstellung der Gewerkschaften

4.1 Grundsätze

In der Bundesrepublik ist es allgemeiner Konsens, dass politische Bildung einen pluralistischen Ansatz zu verfolgen hat, dass sie unabhängig von wirtschaftlichen und politischen Interessen ist, dass sie auf globale Zukunftsaufgaben vorbereitet und zur Stabilität der Demokratie beiträgt. Der **„Beutelsbacher Konsens“** hat 1976 mit den Prinzipien „Überwältigungsverbot“ „Kontroversität“ und Schülerorientierung drei Minimalanforderungen an die didaktischen Prinzipien der politischen Bildung formuliert, die auch nach mehr als dreißig Jahren noch uneingeschränkte Gültigkeit besitzen.

Der Beutelsbacher Konsens:

Überwältigungsverbot (auch: Indoktrinationsverbot):

Lehrende dürfen Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen, sondern sollen Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, sich mit Hilfe des Unterrichts eine eigenes Urteil bilden zu können. Dies ist der Zielsetzung der politischen Bildung geschuldet, in den Schülern mündige Bürger heranzubilden.

Kontroversität (auch: Ausgewogenheit):

Diese Anforderung zielt ebenfalls darauf ab, den Schülern im Unterricht freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Der Lehrende muss ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren, wenn es in der Öffentlichkeit kontrovers erscheint. Seine eigene Meinung und seine politischen wie theoretischen Standpunkte sind dabei für den Unterricht unerheblich und dürfen nicht zur Überwältigung der Schüler eingesetzt werden.

Schülerorientierung

Sie soll Schüler in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Position zu analysieren und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen, indem sie nach Mitteln und Wegen suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.

Eine ökonomische Bildung, die nach Vorstellung der Arbeitgeber, auf reines Vermitteln technischen Wissens beschränkt ist , Orientierungen und Deutungsmuster unhinterfragbar macht und gesellschaftliche und politische Zusammenhänge ausblendet, trägt nicht zu der Entwicklung einer kritisch-reflexiven Handlungskompetenz und damit zur Bildung von Urteilsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern bei.

Ökonomische Bildung hat die Aufgabe, Schülerinnen und Schülern verschiedene ökonomische Theorien in ihren Aussagen, Interessenbezügen und Reichweiten vorzustellen und sie zu eigenen Bewertungen anzuleiten. Hierdurch wird sichergestellt, dass Schülerinnen und Schüler in einer von unterschiedlichen Interessen geleiteten Gesellschaft eigene Standpunkte entwickeln können. Ökonomische Bildung macht aber auch nur dann Sinn, wenn sie in eine umfassende politische Bildung eingebettet ist. In einem eigenständigen Fach „Wirtschaft“ ist dies ebenso wenig möglich wie in einer Konstruktion des Faches „Politik / Wirtschaft“, das es in verschiedenen Bundesländern gibt, das beide Bereich voneinander trennt und jeweils mit den Methoden der dahinter liegenden wissenschaftlichen Disziplinen arbeitet. So werden gesellschaftliche und ökonomische Zusammenhänge getrennt anstatt aufeinander bezogen.

Für die Gewerkschaften ist es weiterhin unerlässlich, dass innerhalb der ökonomischen Bildung der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf“ thematisiert wird. Der Bildungsbericht der Bundesregierung (2008) nennt die Gestaltung der Übergänge eine große pädagogische Herausforderung:

„Junge Menschen auf Übergangsentscheidung gut vorzubereiten und sie bei der Bewältigung des eingeschlagenen Bildungsweges pädagogisch zu begleiten und zu unterstützen, ist auch eine wichtige pädagogische Herausforderung an das Bildungssystem und die dort Lehrenden.“ „Auf diese Aufgaben müssen Lehrerinnen und Lehrer sowie Ausbilder und Ausbilderinnen gezielter als bisher vorbereitet werden. Dazu reichen die üblichen Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen nicht aus.“ [28]

Berufs- und Arbeitsweltorientierung meint aber in diesem Sinne mehr als möglicherweise vorhandene Wissensdefizite und mangelnde soziale Kompetenzen bei Schülerinnen und Schüler auszugleichen. Es geht auch um mehr als um Vermittlung elementarer Techniken der Bewerbung und des Vorstellungsgesprächs – so bedeutsam diese Inhalte auch sind. Im Kontext politischer Bildung bedeutet Arbeitswelt- und Berufsorientierung zudem, die Arbeitswelt in ihren historischen und sozialen Dimensionen darzustellen, die Möglichkeiten von Mitwirkung und Mitbestimmung zu erörtern

[28] Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Nationaler Bildungsbericht 2008, S. 153ff, in: www.bildungsbericht.de

und Schülerinnen und Schülern im Verständnis des biografischen Lernens anzuregen, eigene Berufs- und Qualifizierungswege vorzubereiten.

Die Gewerkschaften gehen von einem integrierten Verhältnis von politischen und ökonomischen Sachverhalten aus und werben deshalb für ein sozio-ökonomisches Verständnis von politischer Bildung.

Sozio-ökonomische Bildung bedeutet in ihrem Verständnis, dass ökonomische auch immer politische Bildung ist und politische Prozesse sich ohne ihre wirtschaftlichen Hintergründe nicht erschließen lassen.

Die kritischen Anteile politischer Bildung dürfen nicht dem affirmativen Konzept wirtschaftlicher Betrachtungsweisen geopfert werden. Es muss darum gehen, Schülerinnen und Schülern die Verzahnung von Wirtschaft und Politik begreiflich zu machen. Dies schließt selbstverständlich ein, dass die Schülerinnen und Schüler lernen, dass wirtschaftlicher Zusammenhänge durch politische Entscheidungen gestaltet werden. Wirtschaft ist Teil eines gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhangs, deshalb muss immer diese Integration der Themen gesucht werden. Sozio-ökonomische Bildung ist interdisziplinär und praxisorientiert. Sie behandelt ökonomische, soziale, ethische, ökologische und technische Zusammenhänge von Arbeit und Wirtschaft.

Sozio-ökonomische Bildung geht von folgenden Sachverhalten aus:

- Erwerbsarbeit hat eine herausragende Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung;
- Die Individuen besitzen im Rahmen einer von Interessengegensätzen strukturierten Wirtschafts- und Sozialordnung individuelle und kollektive Handlungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten.
- Der/die Einzelne hat im Rahmen dieser sozialen Strukturen nicht nur eine Objektfunktion, sondern auch eine hohe Eigenverantwortlichkeit, er oder sie kann sich sachkundig und entlang seiner Interessen und Bedürfnisse für die Verwirklichung von Ausbildungs- oder Studienzielen einsetzen.;
- Das Wirtschafts- und Beschäftigungssystems ist unter Berücksichtigung von nationalen und internationalen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen gestaltbar.
- Eigene Wertvorstellungen, Interessen und Gesellschaftsbilder bedürfen der ständigen Reflexion.
- Wirtschaftliche und soziale Sachverhalte, Positionen und Interessen lassen sich erkennen und bewerten.

Bei der Vermittlung ökonomischer Zusammenhänge muss verdeutlicht werden, welche Ziele und Interessen in „der Wirtschaft“ wirksam sind. Dargestellt werden soll, welche Kräfte und soziale Gruppen sich gegenüberstehen, in welcher Weise betriebliche und tarifliche Aushandlungsprozesse stattfinden und welchen Gesetzmäßigkeiten die Ökonomie folgt. Notwendig ist es, aufzuzeigen, wo der Staat dem Markt Grenzen setzen muss- und welche Wege hierzu zur Verfügung stehen und welche Rolle Wirtschaftspolitik spielt. Es gibt Alternativen im Kapitalismus und historische wie aktuelle Alternativen zum Kapitalismus. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen ist nicht naturgesetzlich an Markt und Wettbewerb gebunden.

Unstrittig ist, dass die Verbraucherrolle thematisiert werden muss. Dazu gehören auch die Verbraucherrechte und die für Schülerinnen und Schüler nicht unwichtige Frage, ob elementare kulturelle, soziale oder sportliche Interessen nicht auch außerhalb kommerzieller Arenen befriedigt werden können.

Im Unterricht muss thematisiert werden, wie sich die Arbeitswelt praktisch gestaltet. Insbesondere die Fragen nach den zu erwartenden Anforderungen und die Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitbestimmung sind aufzugreifen.

Um den Schülerinnen und Schülern neue, interessante und zukunftssichere Berufe näher zu bringen, dürfen nicht nur formale Qualifizierungswege aufgezeigt werden. Thematisiert werden muss auch, wie eine chancenreiche Lebens- und Berufswegplanung vorgenommen werden kann.

Eine derartig verstandene sozio-ökonomische Bildung muss berücksichtigen, dass die Lerninhalte:

- Schülerorientiert, d.h. entlang den individuellen Erfahrungen und Interessen der Schülerinnen und Schüler vermittelt werden;
- Aktualitätsorientiert konzipiert werden, d. h. dass die gegenwärtige Lebenswirklichkeit zum Gegenstand des Unterrichts gemacht werden;
- Realitätsorientiert und nicht anhand abstrakter Modelle ausgewählt werden;
- Problemorientiert gestaltet werden, d. h. gesellschaftliche Interessen und Positionen anhand einer spezifischen Problemstellung erarbeitet, also kontroverse Überlegungen und zukunftsbezogene Lösungsvorschläge im Unterricht einbezogen werden.[29]

29 Nach Neumaier, Peter, unveröffentlichtes Arbeitspapier

4.2 Interview mit Tom Beier,

Lehrkraft am Hessenkolleg Frankfurt am Main

Tom Beier,

Lehrkraft am Hessenkolleg und Pädagogischer Mitarbeiter der Uni Frankfurt

- Tom Beier ist 49 Jahre, geboren im Ruhrgebiet
- Studium der Politikwissenschaft und Germanistik in Marburg
- Aufbaustudium "Pädagogik: Dritte Welt" und Spanisch in Frankfurt
- Schule: Hessenkolleg Frankfurt
- Unterrichtsfächer: WiSo, Deutsch, Spanisch
- GEW-Mitglied seit 1985
- Koordinator der Multiplikatoren Ökonomische Bildung FrankfurtPädagogischer Mitarbeiter an der Universität Frankfurt

F*rage: Welchen Stellenwert sollte die Vermittlung ökonomischer Fragestellungen an allgemeinbildenden Schulen- ihrer Meinung nach- einnehmen?*

Tom Beier: Sie sollten auf jeden Fall einen höheren Stellenwert haben, als bisher, da es kaum ein politisches oder soziales Problem mehr gibt, bei dem nicht wirtschaftlicher Sachverstand und ökonomisches Beurteilungsvermögen notwendig sind.

Frage: Mit welcher Absicht sollen Schülerinnen und Schüler ökonomische Sachverhalte erlernen?

Tom Beier: Jedenfalls nicht nur um „Verbraucherinformationen“ zu erwerben. Viel wichtiger ist es doch, Urteilsfähigkeit zu schulen, Einordnungsraster bereit zu stellen und Bewertungskategorien zu entwickeln um dadurch das Agieren der wirtschaftlichen Akteure einordnen zu können und dazu begründet Stellung zu nehmen.

Frage: Inwieweit hat sich der Stellenwert ökonomischer Fragestellungen in den letzten Jahren (zu welchen Lasten) verändert und welche inhaltlichen Schwerpunkte stehen besonders im Vordergrund?

Tom Beier: Im Politikunterricht hat sich der Stellenwert ökonomischer Bildung deutlich erhöht. Hier in Hessen wurde das Fach in „Politik und Wirtschaft“ umbenannt. Und dies - was man so hört - auf ausdrücklichen Wunsch und auf Druck „der Wirtschaft“. Dies geht auf Kosten soziologischer, aber auch psychologisch-pädagogischer

Fragestellungen. Im Vordergrund stehen Themen wie Markt und (Soziale) Marktwirtschaft, Ökologie und Ökonomie, Geldpolitik und Globalisierung. Bei der Behandlung der Globalisierung gibt es klar eine ökonomische Verkürzung, d.h. Themen wie soziale oder kulturelle Globalisierung werden, wenn überhaupt, nur gestreift.

Frage: Welche Kompetenzen sollen die Schülerinnen und Schüler dabei erwerben und durch welche Methoden soll dieser Kompetenzerwerb erreicht werden?

Tom Beier: Eine zentrale Frage, aber gar nicht so einfach zu beantworten. In dem Bereich, in dem ich unterrichte, gibt es schon seit einigen Jahren einen Entwurf für Bildungsstandards inklusive Formulierung der Kompetenzen. Die wurden aber nie umgesetzt. weil man in einem so kleinen Bereich nicht vorpreschen wollte und Nun setzt man auf nationale Bildungsstandards setzt. Damals wurde zwischen soziokulturellen und instrumentellen Kompetenzen unterschieden. Bisweilen kommt einem das wie die guten alten Lernziele vor, mitunter wurden auch arge rhetorische Verrenkungen gemacht. Etwa wenn für den Abiturjahrgang formuliert wurde: „Die Schülerin / der Schüler kann in der Regel weitgehend selbstständig anhand exemplarischer Fokussierungen Paradoxien von Beschleunigungs- und Wachstumsprozessen in moderne Gesellschaften erörtern.“ Wohl dem, der weiß, was damit gemeint ist. Da war „Die Schülerin / der Schüler kann in der Regel weitgehend selbstständig anhand exemplarischer Fokussierungen Alternativen und Gegenkonzepte zur Globalisierung diskutieren“ schon brauchbarer. Grundsätzlich halte ich die Kompetenzorientierung aber schon für sinnvoll, da man versucht, das Erreichte in einem bestimmten Lernstadium zu messen, statt hehre Ziele zu formulieren. Zentrale Kompetenzen scheinen mir neben der Fertigkeit zu beschreiben und zu untersuchen die Fähigkeit zu erklären, zu bewerten und zu diskutieren (auch schriftlich!) zu sein. Instrumentell ist es sicher wichtig recherchieren, visualisieren und präsentieren zu können.

Methodisch sollte man einen schülerorientierten, offenen Unterricht anstreben, in den die Schüler viel in Form von Teamarbeit, mit Rechercheaufträgen (im Internet), organisierten Debatten, Szenario-Technik bzw. Zukunftswerkstatt sowie Kurzreferaten eingebunden sind. Gerade bei der Vielzahl der angebotenen Medien im Bereich der ökonomischen Bildung ist die gute alte Ideologiekritik und die Medienanalyse ebenfalls unverzichtbar: Von wem ist diese Broschüre, dieser Film? Welche Interessen werden vertreten? Woran sieht man das? Könnte man auch anders argumentieren? Etc. Schließlich ist auch ein Lehrervortrag oder eine Textanalyse immer wieder sinnvoll.

Frage: Werden Ihnen und ihren Kollegen/Innen Unterrichtsmaterialien aus der Wirtschaft zur Verfügung gestellt?

Tom Beier: Ja, wir haben einige Zeitschriften abonniert, etwa eine Broschüre der IHK Hessen oder die „SchulBank“, ein monatlicher Informationsdienst vom Bundesverband deutscher Banken.

Frage: Nutzen Sie persönlich für ihren Unterricht die Materialien der Wirtschaft oder ihrer Verbände?

Tom Beier: Ja, zum Teil. Ich hoffe, damit souverän umgehen zu können und weise meine Schüler auch immer mal wieder auf Ideologieversatzstücke hin. So etwa, wenn in dem SchulBank-Ordner „Materialien für den Unterricht“ Währungsreformen als durchweg negativ, Währungsunionen am Beispiel der EU als durchweg positiv

dargestellt werden. Andererseits enthält gerade dieser Ordner eine Fülle von schnell einsetzbaren (Das ist für Lehrer im Alltagsgeschäft oft entscheidend!), differenzierten Materialien von Wirtschaftsordnung bis Globalisierung. Manchmal holzschnittartig, aber durchaus auch kontrovers angelegt. Gefährlicher sind da schon die Publikationen der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die auch oft liberal daherkommen, im Grunde aber nur neoliberal sind. Da ist es Schülern auch schwer zu vermitteln, dass „neu“ nicht immer gut, sondern eben „neo“ ist und dass Herr Sinn anderes im Sinn hat als Herr Bofinger. Das hauptsächliche Problem an den Materialien, die direkt aus der Wirtschaft kommen, ist, dass man es ihnen nicht ansieht und dass sie mit ihrem großen Werbeetat Materialien kostengünstig oder gar kostenlos in die Schulen reindrücken.

Frage: Gibt es neben den Unterrichtsmaterialien weitere Kooperationen zwischen ihrer Schule und der „Wirtschaft“ (z. B. Praktikumsvermittlung, finanzielle Unterstützung, Planspiele etc.)?

Tom Beier: Nein, überhaupt nicht.

Frage: Haben sie in ihrem Unterricht Materialien der Gewerkschaften genutzt?

Tom Beier: Ja, ich nutze zwei hervorragende Unterrichtseinheiten von IG-Metall und GEW zu Europa und zur Globalisierung. Diese sind professionell gemacht und schnell einsetzbar. Eigentlich fehlen hier noch Einheiten zu den Themen Wirtschaftsordnungen und Finanzmärkte/Finanzkrise. Außerdem haben wir an der Schule auch gewerkschafts(-nahe) Zeitschriften wie „Mitbestimmung“, Böckler-Impuls, WSI-Mitteilungen oder Metallzeitung abonniert, die ich regelmäßig für den Unterricht auswerte.

Frage: Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Ihrer Schule und den örtlichen Gewerkschaften oder betrieblichen Interessenvertretern/Innen? Welche?

Tom Beier: Eine konkrete, direkte Zusammenarbeit gibt es kaum. Einmal haben wir einen Betriebsratsvertreter von Opel Rüsselsheim an unserer Schule gehabt, weil wir nicht immer nur die Selbstdarstellung des Unternehmens bei der geführten Werkstour haben wollten.

Frage: Falls es bisher keine Kooperation gibt, woran liegt dies und wo könnten sie sich Anknüpfungspunkte zwischen ihrer Schule und den Gewerkschaften vorstellen?

Tom Beier: Ich denke, so etwas muss wachsen und an konkreten Anknüpfungspunkten beginnen – wie etwa bei Opel. Dann müsste vielleicht auch die Gewerkschaft bzw. Interessensvertretung von sich aus auf uns zukommen und fragen: Wann kommt ihr wieder zu Opel?

4.3 Kein Übungsfeld für Ellbogenmentalität - Schülerfirmen aus gewerkschaftlicher Sicht [30]

Marianne Demmer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der GEW

Marianne Demmer, 63 Jahre, ist von Beruf Lehrerin. Sie war bis 1997 aktiv im Schuldienst tätig und hat in Grund-, Haupt- und Sonderschulen für Lernbehinderte unterrichtet. Seit 1997 ist sie gewähltes Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und für den Bereich allgemein bildende Schulen zuständig. Seit 2005 ist Marianne Demmer stellvertretende GEW- Vorsitzende.

Schülerfirmen sind "in". Sie sind ein modernes pädagogisches Mittel der sozioökonomischen Bildung. In Schülerfirmen macht Lernen Spaß. Sie sind projektorientiert, sie haben einen deutlichen Praxisbezug und fördern selbstständiges Lernen.

Nicht uneingeschränkt, aber wenn folgendes beachtet wird, können sie sinnvoll sein:

Die Inhalte und Zielsetzungen von Schülerfirmen müssen im Übereinklang mit den allgemeinen Bildungszielen stehen. Das heißt, auch Schülerfirmen müssen einer pädagogischen Logik und nicht etwa der Wirtschaftslogik folgen. Dass man auf diesen an sich selbstverständlichen Grundsatz überhaupt hinweisen muss, kennzeichnet auch schon das Problem: Die Interessenverbände der Wirtschaft versuchen derzeit, auf so gut wie alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bestimmenden Einfluss zu gewinnen und besonders auch auf die Bildung. Die Ökonomisierung des Bildungsbereichs führt dazu,

- dass SchülerInnen als Humanressource gelten und nur nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit eingestuft werden,
- dass Bildung zur handelbaren Ware werden und nicht mehr Menschenrecht und allgemeines Gut sein soll,
- dass Bildungseinrichtungen wie ein Betrieb geführt werden und so auf eine mögliche Privatisierung und Kommerzialisierung vorbereitet werden sollen,
- dass SchulleiterInnen auf ihre Managementaufgaben reduziert werden.

In diesem Szenario hätten Schülerfirmen die Funktion, bei der reibungslosen Integration und Anpassung der jungen Generation in das bestehende Wirtschaftssystem mitzuwirken.

Damit rechtzeitig Gegenkräfte entwickelt werden, ist es wichtig an folgendes zu erinnern: Allgemeinbildende Schulen sind Teil des gesamten Lebens junger Menschen. Sie sind keine Anhängsel des Wirtschaftsprozesses und dienen auch nicht einzig der Vorbereitung auf das Erwerbsleben. Ihnen darf nicht vorrangig eine Integrations- und Anpassungsfunktion an das bestehende Wirtschaftssystem zu-gewiesen werden. Vielmehr müssen die allgemeinen humanen und zivilisatorischen Wertvorstellungen Bezugspunkt bleiben. Es ist z.B. ein ziemliches Unding, wenn das deutsche Aktieninstitut Schülerfirmen als Hebel benutzen will,

30 Beitrag von Marianne Demmer, Vorstandsmitglied der GEW, aus: www.transfer-21.de

um die junge Generation zu einer Generation von (Klein-)Aktionären zu machen. Es widerspräche dem Bildungsauftrag der Schulen fundamental, wenn in Schulen unkritisch für den Kauf von Aktien geworben würde. Der Bildungsauftrag der Schulen verlangt, dass die Positiva und Negativa, also auch die Risiken und Nebenwirkungen etwa einer Alterssicherung auf Aktienbasis Gegenstand des Unterrichts sind.

Schulen und folglich auch Schülerfirmen sind dazu da, jungen Menschen ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, damit sie für sich selbst und andere Verantwortung übernehmen und an der Entwicklung der gesellschaftlichen Belange kritisch, reflektiert und konstruktiv mitarbeiten können. Ein solchermaßen humanes Menschenbild darf nicht durch das Leitbild eines noch so zeitgemäßen homo oeconomicus ersetzt werden.

Plakativ gesprochen heißt das: In Schülerfirmen soll man lernen können, wie die Wirtschafts-Welt ist, aber auch, wie man sie verbessern, wie man sie humanisieren und zivilisieren kann. Schülerfirmen dürfen folglich nicht dazu missbraucht werden, die Schule zum Übungsfeld für Ellbogenmentalität zu machen, und auf das unhinterfragte Denken in den Kategorien der Gewinnmaximierung und des shareholder value vorzubereiten. (....)

Erprobungsfeld für eine selbstständige berufliche Existenz

Schülerfirmen haben u.a. die Funktion, jungen Leuten ein Erprobungsfeld für eine selbstständige berufliche Existenz zu bieten. Berufliche Selbstständigkeit gilt sowohl als wirksame Maßnahme gegen Arbeitslosigkeit wie als wirkungsvolles und flexibles Instrument für wirtschaftliche Innovationen. Der Gründungsboom der Start-up-Unternehmen in der IT-Branche ist in den vergangenen Jahren geradezu zum Symbol für wirtschaftliche Innovation und Dynamik geworden. Gleichzeitig macht die anhaltende Rezession an der Börse, der Zusammenbruch vieler dieser jungen Unternehmen deutlich, wie labil und risikoreich diese Form der beruflichen Tätigkeit sein kann. Schülerfirmen müssen also einen Einblick geben in die Licht- und Schattenseiten einer solchen Existenz. Sie müssen Orientierungswissen und die Fähigkeit zur realistischen Selbsteinschätzung im Hinblick auf die spätere Berufswahl und Lebensplanung ermöglichen. Persönliche Tüchtigkeit ist - wie wir alle wissen - leider kein sicherer Schutz vor Arbeitslosigkeit. Die Erziehung zu (wirtschaftlich) selbstständigem Handeln muss dabei unterschiedslos für alle Mädchen und Jungen gelten.

Wirtschafts und Demokratie

In Schülerfirmen lassen sich demokratische Strukturen auch in wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen ausprobieren. Nach wie vor ist die reale Wirtschaft bekanntlich ein Bereich, in dem hierarchische und oligarchische Leitungsstrukturen dominieren. In der Regel hört die Demokratie "am Werkstor" auf. Missmanagement bis hin zu wirtschaftskriminellen Machenschaften wie z.B. die bewusste Irreführung von Öffentlichkeit und Aktionären ziehen in der Regel keinerlei Sanktionen für die Verantwortlichen nach sich. Schülerfirmen sollten hingegen so konzipiert sein, dass die Bereitschaft wachsen kann, die eigenen Fähigkeiten und Talente für sich selbst und andere möglichst nutzbringend (nicht notwendig gleichzusetzen mit gewinnbringend) einzusetzen und Solidarität zu üben. In Schülerfirmen sollten Entscheidungen grundsätzlich demokratisch getroffen und gemeinsam verantwortet werden. Jede Schülerfirma sollte diese Grundsätze in einer Firmensatzung festlegen.

Soziale und ökologische Verträglichkeit

Schülerfirmen sollten bei der Art der Produktion der Ware oder Dienstleistung auf soziale und ökologische Verträglichkeit achten und nur solche Dienstleistungen und Waren anbieten, die z.B. den Grundsätzen von Agenda 21 entsprechen. In Schülerfirmen kann sich ein Verständnis dafür entwickeln, dass das (historisch gewordene) Wirtschaftssystem dazu da ist, das materielle Überleben der gesamten Welt-Gesellschaft möglichst gut und gerecht zu organisieren, weshalb es auch notwendig werden kann, ein Wirtschaftssystem weiter zu entwickeln, wenn die grundlegenden Belange nicht mehr gesichert sind. Die Proteste in Genua anlässlich des G8-Gipfels haben gezeigt, dass viele junge Menschen in der neoliberalen Globalisierung der Wirtschaft eine schwerwiegende Gefahr für die ökologische und soziale Zukunft unseres Planeten sehen. Arbeitslosigkeit, ökologische Katastrophen, die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in Arme und Reiche, sowohl auf nationaler Ebene wie vor allem auch international, sollten Anlass sein, die Grundsätze von Agenda 21 in die Firmensatzung aufzunehmen.

Zukunftstrends vorwegnehmen

Schülerfirmen sollten sich nicht an kurzfristigen oder einseitigen Interessen des Arbeits- oder Kapitalmarktes orientieren. Bildungsprozesse sind auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegt. Es macht wenig Sinn, wenn nun allerorts Schülerfirmen entstehen, die Homepages herstellen und "irgend etwas" mit Computern machen wollen. Schülerfirmen könnten Zukunftstrends vorwegnehmen. Zukunftsforscher gehen z.B. davon aus, dass die Boombranchen der Zukunft in den Bereichen Bildung sowie physische und psychische Gesundheit liegen.

Non-Profit-Unternehmen („Helfen ist geil“)

Sollen Schülerfirmen gewinnorientiert arbeiten - und wenn ja - was geschieht mit den Gewinnen? Geht aller Überschuss in Gemeinschaftsprojekte wie Klassenfahrten und Investitionen oder wird das Geld für gute Zwecke gespendet? Bekommen die Firmenbetreiber eine Aufwandsentschädigung? Und wie würde dann ein "gerechter Lohn" ermittelt? Auch solche Fragen wären in der Firmensatzung zu klären. "Eigentum verpflichtet" - diese Maxime unseres Grundgesetzes sollte dabei als Richtschnur dienen. Ich spreche mich dafür aus, Schülerfirmen grundsätzlich als Non-Profit-Unternehmen zu betreiben mit einem gemeinnützigen Firmenzweck. Niemand soll sagen, das mache weniger Spaß und man könne weniger über das "richtige" Wirtschaftsleben lernen. "Helfen ist geil", sagte mir unlängst eine junge Frau, die in einer Schülerfirma mitarbeitet, die "gesunde" Hautpflegemittel herstellt und zu einem "total coolen Preis" verkauft, um mit den Überschüssen ein Schulprojekt in Mittelamerika zu unterstützen.

Spannende Projekte in vielen Bereichen

Abschließend noch folgender Hinweis: Schülerfirmen sind eine besondere Form des projektbezogenen Lernens. Sie beziehen ihre Impulse aus der Logik des Wirtschafts- und Beschäftigungssystems. Menschliche Arbeit als eine fundamentale Kategorie allgemeiner Bildung weist jedoch weit über das Wirtschafts- und Beschäftigungssystem hinaus. Ein moderner, erweiterter Arbeitsbegriff schließt neben Erwerbstätigkeit auch Familien-, Pflege- und Eigenarbeit, gesellschaftliche Arbeit und Lernarbeit ein. Jeder junge Mann und jede junge Frau braucht einen Zugang zu allen diesen Arbeitsformen, um die eigene berufliche und private Biografie “managen” zu können. Es ist also an der Zeit, auch für diese lebensnotwendigen Fähigkeiten vielfältige Projekte zu entwickeln, die so spannend sind und so viel Spaß machen wie es Schülerfirmen tun.

4.4 Perspektiven der weiteren Arbeit

Niemandem ist gleichgültig, was Schülerinnen und Schüler lernen. Dies gilt insbesondere für die Fächer, die darauf abzielen, mit den jungen Menschen eine Orientierung für lebens- und arbeitsweltliche Perspektiven zu entwickeln und die demzufolge nicht nur die Urteilsfähigkeit in sozialen und ökonomischen Fragen, sondern auch die Chancen und Risiken für diese individuellen Wege, aber auch ein Wissen und eine Neugier für alternative gesellschaftliche Entwicklungspfade herausbilden sollen.

Diese Broschüre hat zum Ziel, auf eine besonders akzentuierte Form der Einflussnahme durch mächtige Verbände und wirtschaftliche Interessengruppen hinzuweisen, indem sie versuchen, den Deutungshorizont wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Themen einzuschränken.

In der Broschüre wird diese Einflussnahme auf den Unterricht mit anderen Prozessen der Privatisierung von Bildung im schulischen Bereich in Verbindung gebracht. Denn tatsächlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der einseitigen Darstellung wirtschaftlicher Prozesse und einer Sicht auf Wirtschaft und Gesellschaft, die von Überlegungen der „Entstaatlichung“ bzw. „Privatisierung“ geprägt ist.

Obwohl in den sog. Fachkreisen sehr intensiv über diese Art der Einflussnahme diskutiert wird, ist sie in breiten Teilen der Gesellschaft und in den Gewerkschaften bisher nicht bekannt und wird demzufolge auch nicht als Problem erkannt.

Gerade Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sollten aber um diese Konflikte wissen, sei es, dass sie sich um die Unterrichtsinhalte ihrer Kinder sorgen, weil sie als Elternvertreter in den schulischen Gremien mitwirken oder weil sie als Interessenvertreterinnen in den Betrieben unmittelbar betroffen sind über die Art und Weise wie Fragen der Mitwirkung und Mitbestimmung, der soziale Sicherheit oder anderer wichtiger Fragen der Arbeitswelt in den angebotenen Materialien der Arbeitgeber und ihrer Verbände dargestellt werden.

Die IG Metall wird diese Entwicklungen sehr genau beobachten und versuchen auf den unterschiedlichen Ebenen Einfluss zu nehmen, dass Schulbildung öffentliches Gut bleibt, dass sie eine bestimmte Qualität hat und dass sie Bildungschancen unabhängig der sozialen Herkunft eröffnet.

Daher fordert sie „Eine gute Schule für Alle“ und engagiert sich in der vom DGB koordinierten Initiative „Schule und Arbeitswelt“.

Fünf Handlungsebenen stehen im Mittelpunkt:

- Angesichts des Übergewichts an Unterrichtsmaterialien durch die Arbeitgeber und ihre Verbände ist es unerlässlich, dass auch die Gewerkschaften zu den ihnen wichtigen Themen und Inhalten Stellung nehmen und Materialien für den Unterricht anbieten. Die IG Metall hat dazu eine regelmäßig aktualisierte Übersicht der für die Schulen relevanten Materialen erstellt.
- In der Lehrerfortbildung müssen sich die Gewerkschaften und die betrieblichen Interessenvertreter ebenso als Gesprächspartner anbieten wie es andere Verbände auch tun. Gemeinsam mit der GEW führt die IG Metall seit einigen Jahren sehr erfolgreich Fortbildungsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen aus der Arbeitswelt durch.
- Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterstützen Unterricht - Schulen suchen den Kontakt zu Gewerkschaften. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen gehen ehrenamtlich an Schulen und führen Unterrichtseinheiten zu den Themen „Gewerkschaften“, Berufsausbildung“, „Rechtsradikalismus“ u.a.m. durch. Andere stellen sich als Mentorinnen und Mentoren zur Verfügung, um Schülerinnen und Schüler auf dem Weg von der Schule in die Ausbildung zu unterstützen.
- In der Schulpolitik geht es darum, die „Eine gute Schule für Alle“ durchzusetzen. Gerade, weil wir die Bildungschancen der Kinder unser Mitglieder im Sinn haben, müssen wir uns für ein Schulsystem einsetzen, das gerecht ist, das durchlässig ist und das die Kinder auch gut auf Ausbildung, Beruf und Arbeitswelt vorbereitet.
- Die Gewerkschaften unterstützen und begleiten Veranstaltungen und Aktivitäten zu Schul- und Bildungspolitik vor Ort. In vielen Bundesländern sind derzeit Reformbestrebungen im Schul- und Bildungssystem zu beobachten. Über die Möglichkeiten und Grenzen dieser Bewegungen muss gesprochen werden. Hierfür bieten die Gewerkschaften unterstützend aktuelle Materialien und Informationen an. Sie helfen bei der Organisation von Veranstaltungen sowie bei der Auswahl von ReferentInnen und DiskussionspartnerInnen.

V. Anhang

5.1 Literaturliste

Oskar Negt, Der Politische Mensch, Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010, S.29

Bartsch, Günter, Trau schau wem, in: Metallzeitung, 8/2010, S. 14f

Crouch, Colin 2009: Postdemokratie, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

GEW – Privatisierungsreports 1 – 10, siehe: www.gew.de/privatisierungsreports.html

Nordhaus, Ulrich / Kaßebaum, Bernd, Das Primat des Politischen sichern, in: Kein Anschluß – das Übergangssystem (Heft 03/2010) in: www.denk-doch-mal.de

Mitschke, Carina: Inhaltliche und didaktische Konzeptionen der Initiative Neue Soziale Martkwirtschaft (INSM) - Eine kritische Analyse von Unterrichtsmaterialien für das Fach Politik und Wirtschaft, unveröffentlichtes Manuskript (2010)

Krautz, Jochen 2007: Ware Bildung, Heinrich Hugendubel Verlag, München

Ptak, Ralf: Bildung als Produktionsfaktor: Die schleichende Transformation des Bildungssystems. In: Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Hrsg. v. Lösch/Thimmel, 2010, Schwalbach/Ts.,

Schlösser, Hans-Jürgen /Weber, Birgit 1999: Wirtschaft in der Schule. Eine umfassende Analyse der Lehrpläne für Gymnasien, Gütersloh

5.2. Linkliste

http://www.schule.dgb.de

http://www.gew.de

http://igmetall-wap.de

5.3 Hinweis auf die Initiative „Schule und Arbeitswelt“

Initiative | Schule Arbeitswelt

Die Gewerkschaften informieren u.a. über

- gezielte Berufsvorbereitung
- Zusammenhänge von Berufs- und Lebensplanung
- Facetten des Arbeitslebens
- Internationalisierung und Globalisierung
- Arbeitsbedingungen und Entlohnung
- Wahrung und Förderung von Arbeitnehmerrechten
- Interessenvertretung und Mitbestimmung

Berufsvorbereitung

Eltern wollen, dass ihre Kinder besser auf die Berufs- und Lebenswelt vorbereitet werden. Sie brauchen konkrete Unterstützung bei der gezielten Berufsvorbereitung ihrer Kinder.

Diese Themen werden im Unterricht der allgemeinbildenden Schulen immer noch zu wenig berücksichtigt.

Die Initiative „Schule und Arbeitswelt“

Die Initiative wurde 2002 gegründet. In ihr engagieren sich die Gewerkschaften IG BCE, GEW, IG Metall und ver.di unter dem Dach des DGB.

Ziel der Initiative ist es, die organisatorischen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten zu schaffen (Arbeitskreise „Schule und Arbeitswelt“) und regionale Projekte zu initiieren, zu unterstützen und ihre Ergebnisse allen Interessierten zur Verfügung zu stellen.

Unterrichtseinheiten und Unterrichtsmaterial

Im Unterricht werden aktuelle Fragen zur Arbeitswelt nur unzureichend behandelt oder immer häufiger von den Interessen der Wirtschaft dominiert. Gewerkschaften wollen einen objektiven Blick ermöglichen und Interessen von ArbeitnehmerInnen stärker in den Mittelpunkt rücken.

Betriebserkundung und Betriebpraktikum

Lehrpläne sehen für Schülerinnen und Schüler Betriebserkundungen und Betriebpraktika vor. Hierfür bietet die Initiative in Kooperation mit betrieblichen InteressenvertreterInnen für Lehrkräfte und SchülerInnen Unterstützung an.

LehrerInnenfortbildung

Lehrerinnen und Lehrer werden in ihrer Ausbildung kaum auf die sich schnell verändernde Arbeitswelt und den sich daraus ergebene Anforderungen vorbereitet.

Deshalb bieten Gewerkschaften Fortbildungsveranstaltungen u.a. zu den Themen Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen, Tarifpolitik und Globalisierung an.

Veranstaltungen zu Schul- und Bildungspolitik

Fragen zu Schul- und Bildungspolitik spielen derzeit in allen Bundesländern eine wichtige Rolle. Die Initiative kämpft für eine gute Schule für alle und für echte Chancengleichheit. Hierfür bieten die Gewerkschaften aktuelle Materialien an. Sie helfen bei der Organisation von Veranstaltungen sowie bei der Auswahl von ReferentInnen und DiskussionspartnerInnen.

Gewerkschaften in den Schulen

Schule ist eine der wichtigsten Einrichtungen in unserer Gesellschaft. Sie bestimmt über die Persönlichkeitsentwicklung, spätere Lebenswege sowie über gesellschaftliche und politische Teilhabe junger Menschen.

Schule ist kein in sich abgeschlossener Raum, sie ist Teil der Gesellschaft. Die Anforderungen, die wir an Schule stellen, können nur dann erfüllt werden, wenn die Gesellschaft Verantwortung für die Gestaltung einer guten Schule übernimmt und sich Schule für die Gesellschaft öffnet.

Die Gewerkschaften nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahr. Sie engagieren sich vielfältig im Schulbereich. Damit tragen sie zur Gestaltung einer gerechten, auf die Zukunft ausgerichteten, demokratischen Gesellschaft bei. Dabei setzten sie auf die Zusammenarbeit mit Lehrkräften, Eltern und SchülervertreterInnen und betrieblichen InteressensvertreterInnen.

Ansprechpartner

Jeanette Klauza

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Tel.: 030/24060 648

jeanette.klauza@dgb.de

Martina Schmerr

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt/Main

Tel.: 069/78973 322

martina.schmerr@gew.de

Bernd Kaßebaum

Industriegewerkschaft Metall (IG Metall)

Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069/669 32 414

bernd.kassebaum@igmetall.de

Gunther Steffens

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin

Tel.: 030/6956 2840

gunther.steffens@verdi.de

Oliver Venzke

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie,

Energie (IG BCE)

Königsworther Platz 6, 30167 Hannover

Tel.: 0511/7631 158

oliver.venzke@igbce.de

Produkt-Nr.: 21086-33189